

FEMMEN

Kampf dem Glimmstängel



Ende der Freiheit? Ein Rauchverbot könnte dazu führen, dass der Wert von Aschenbechern steigt.

(Foto: Ollie Maitland)

RaucherInnen soll es auch in Luxemburg an den Kragen gehen. Der Gesundheitsminister hat ein Qualmverbot in Restaurants angekündigt. Die Lobbyisten rüsten sich.

Kuba ohne Havannas - für LiebhaberInnen der berühmten Zigarren käme dies einem Kulturschock gleich. Doch ganz so schlimm ist es noch nicht. Die teuren Glimmstängel werden nach wie vor produziert. Nur gilt in Kuba seit vergangener Montag ein Rauchverbot für Restaurants. Zudem sollen sämtliche Zigarettenautomaten entfernt und keine Tabakwaren mehr an Personen unter 16 Jahren verkauft werden.

Anti-Raucher-Gesetze liegen im Trend. Das gilt auch für Luxemburg, wo Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo für Herbst ein Rauchverbot in Restaurants angekündigt hat. Eine Gesetzesvorlage sei in Arbeit, heißt es aus seinem Ministerium. Der LSAP-Politiker, bis zu seinem Amtsantritt im vergangenen Sommer selbst nikotinabhängig, will zudem Jugendlichen unter 16 Jahren das Rauchen verbieten. Di Bartolomeo wandelt zumindest in dieser Hinsicht auf Fidel Castros Spuren.

Die Fronten zwischen RaucherInnen und Nicht-RaucherInnen haben sich verhärtet. "Die Nicht-Raucher treten radikaler auf als bisher", sagt Jean Schintgen, Generalsekretär der Fédération nationale des hôteliers, restaurateurs et cafetiers (Horesca). "Das drohende Gesetz stärkt ihnen den Rücken." Vorbei sei es mit dem gegenseitigen Verständnis von einst, bedauert er. Offen ist vor allem, ob auch nur zeitweise als Speiselokale genutzte Gaststätten unter das Gesetz fallen. Für sie wird über eine eventuelle zeitliche Auslegung des Rauchverbots diskutiert. Gegen ein Rauchverbot in Restaurants hat Schintgen nichts einzuwenden. Aber gegen ein Verbot,

das ebenso für Cafés und Kneipen gilt: "Dann gehen wir auf die Barrikaden und machen von unserer Lobbymacht Gebrauch", droht der frühere Ketten- und jetzige Nicht-Raucher.

Freiheit gegen Freiheit

Dem Minister geht es nach eigenen Worten um die Freiheit der Nicht-RaucherInnen, die er vor dem Qualm und vor dem gesundheitsschädlichen Passivrauchen schützen will - den Tabaklobbyisten ums Geschäft und dem Horesca-Geschäftsführer Schintgen um die Freiheit der RaucherInnen. Den Nicht-RaucherInnen bleibe es überlassen, nicht in ein verqualmtes Café zu gehen, wenn sie nicht möchten. Die GesetzgegnerInnen - zu ihnen zählt sich auch die DP - sehen in einem Verbot nichts anderes als einen Eingriff in die Freiheit des Individuums.

Von einer "Hetzjagd auf Raucher" war in einem Leserbrief an das Luxemburger Wort zu lesen. Während einige ein Rauchverbot als Chance sehen, sich selbst das Rauchen abzugewöhnen, glauben sich andere von Gesundheitsaposteln verfolgt, die das Gemeinwohl auf ihre Fahnen geschrieben haben. In den Hintergrund rückt dabei, dass es vor allem gesundheitliche Gründe gibt, das Rauchen einzudämmen und Jugendlichen den Griff zur Zigarette zu erschweren. Laut Untersuchungen sind 90 Prozent der Lungenkrebskrankungen bei Männern und 30 bis 60 Prozent bei Frauen auf das Rauchen zurückzuführen. Zudem erhöht es das Herzinfarkttrisiko.

Ein Rauchverbot in Restaurants reicht nicht aus, erklärt Marie-Paule Prost-Heinisch, Direktorin der Fondation lu-

xembourgeoise contre le cancer (FLCC). Um wirklich etwas bewirken zu können, "damit Jugendliche nicht zu rauchen anfangen", müsse es auch ein Rauchverbot in Betrieben und ein Werbeverbot geben - und vor allem einen höheren Preis. Die FLCC-Direktorin sieht die Mehrheit der LuxemburgerInnen auf ihrer Seite: "Der Wille ist da."

Prost-Heinisch weiß: Im Kampf gegen den blauen Dunst hinkt Luxemburg international hinterher. Als erstes Land in der Europäischen Union hat Irland im März vergangenen Jahres ein totales Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen eingeführt. Den Kneipiers drohen Geldstrafen von bis zu 3.000 Euro, wenn ihre Gäste beim Rauchen erwischt werden. Ebenso setzte Norwegen der Qualmerei in Bars und Restaurants ein Ende. Dort kostet eine Schachtel Zigaretten umgerechnet acht Euro, mehr als doppelt so viel wie in Luxemburg.

"Das einzige, was wir hier räuchern, ist Lachs", wurde auf Plakaten vor In-Kraft-Treten des Gesetzes im Juni 2004 geworben.

No Fumare

Zuletzt erregte Italien mit einem Rauchverbot Aufsehen: Dort ist der Tabakkonsum unter anderem in Kneipen, Restaurants, Diskotheken und Büros seit Januar untersagt. Ausnahmen gelten nur für abgetrennte Räume mit Klimaanlage. "No Fumare" heißt es auch auf Bahnhöfen, Flughäfen, in Zügen und am Arbeitsplatz sowie in allen Geschäften und Büros mit Publikumsverkehr. Über die Einhaltung wacht die Polizei. Bei Verstoß droht ein Bußgeld bis zu 250 Euro. Umfragen zufolge sind 65

Prozent der ItalienerInnen mit dem Gesetz zufrieden. Nach dem Verbot in Gaststätten fordern Konsumentenschutzverbände eines im Auto. Eine Auswirkung des Rauchverbots ist unterdessen der gestiegene Absatz von Nikotin-Ersatzmitteln wie Rauchpflaster und Nikotinkaugummi. In italienischen Geschäften mangelt es bereits an Lakritze.

Anti-Tabak-Gesetze sind auch in Portugal, Spanien und Großbritannien in Arbeit oder sollen demnächst verabschiedet werden. In manchen Ländern ist es verboten, für Tabak zu werben oder ihn an Jugendliche zu verkaufen. In Luxemburg gibt es dagegen lediglich ein Gesetz aus dem Jahr 1989, das die Tabakwerbung beschränkt und das Rauchen in öffentlichen Gebäuden verbietet - wenn auf das Verbot per Schild hingewiesen wird. Ansonsten gilt das Großherzogtum nach wie vor als Raucherparadies.

Dabei steht die Ratifizierung der 2003 unterschriebenen Konvention der Weltgesundheitsorganisation noch aus. Mit einem Gesetz will die Regierung zudem einer Initiative der EU-Kommission zuvorkommen. Denn Gesundheitskommissar Markos Kyprianou stellt ein EU-weites Rauchverbot in Bars und Restaurants in Aussicht. Wohlmeinende Anti-Tabak-Kampagnen reichen also längst nicht mehr aus. Preiserhöhung, Rauchverbote für Jugendliche und die Bekämpfung des Zigarettenschmuggels - ExpertInnen empfehlen ein ganzes Maßnahmenbündel im Feldzug gegen das Nikotin. Währenddessen setzen die Tabakkonzerne auf ebenso massives Lobbying. Bei Jugendlichen haben sie relativ leichtes Spiel: Umfragen ergaben, dass mittlerweile jedeR vierte 15-Jährige und jedeR zweite 18-Jährige raucht.

Dass Restriktionen gegen das Rauchen nicht immer erfolgreich sind, zeigt das Beispiel Frankreich: Im Land der

Gitanes und Gauloises gibt es seit 1993 ein öffentliches Rauchverbot - doch kaum jemand hält sich daran. Auch in Deutschland scheiterten ähnliche Initiativen bisher, doch immerhin ist das Rauchen am Arbeitsplatz geregelt. Zurzeit zeichnet sich im Bundestag eine Mehrheit für ein Rauchverbot in Restaurants ab - rund zwei Drittel der Deutschen sind dafür.

Tschiks im Kammerl

Verqualmte Lokale dürften in nicht allzu ferner Zukunft von der Bildfläche verschwinden. GaststättenbetreiberInnen befürchten von einem Rauchverbot einen Umsatzrückgang. Allerdings gab es in Irland, Norwegen und Italien keinerlei negative Effekte, viele Gastronomen berichteten sogar von zahlreichen Neukunden.

Aus der Sorge um die Gesundheit ist längst ein Kampf ums Kraut geworden, der bisweilen seine Blüten treibt: Auf dem Wiener Opernball wurden jene, die nicht auf ihre "Tschiks" verzichten wollten, in ein "RaucherKammerl" verbannt, während ein "Security-Trupp" selbst auf den Toiletten SünderInnen aufspüren musste. In den USA, wo in den meisten Bundesstaaten glühende Glimmstängel längst aus den öffentlichen Einrichtungen verbannt sind - New York gilt als besonders streng -, kommt es zudem immer häufiger vor, dass Firmen nur noch Nichtraucher einstellen. Die Arbeitgeber belegen dies mit Zahlen: Laut einer Statistik des US-Zentrums für Krankheitsbekämpfung belaufen sich die Produktionsverluste wegen der RaucherInnen für die US-Unternehmen jährlich auf 82 Milliarden Dollar.

Noch schlechter ergeht es den RaucherInnen im Königreich Bhutan: Dort ist seit dem 17. Dezember 2004 der Verkauf von Tabakwaren untersagt. Und Rauchen ist nur noch in den eigenen vier Wänden gestattet.

Stefan Kunzmann

Aus groß wird klein

Fehler in einer Zeitung geben oft Anlass zum Schmunzeln. Wie die Behauptung im Kommentar von voriger Woche (Nr. 783), die Regierung statt die (alte und neue) Regierungsmehrheit habe eine bestimmte Parlamentskommission abgeschafft. Das mag zwar naheliegender sein, immerhin hat der Premier den Spitznamen Bokassa, ist aber trotzdem falsch. In derselben Nummer legte die woxx dem Grünen François Bausch folgende Aussage in den Mund: Die WählerInnen sollten sich von Jean-Claude Juncker in ihrer Abstimmung beim Referendum zum EU-Verfassungsvertrag nicht erpressen lassen. Aber, fragt eine aufmerksame Leserin, warum sollten ausgerechnet die WählerInnen besonders erpressbar sein? Gute Frage. Die Antwort wissen wir, ehrlich gesagt, auch nicht. Und tippen jetzt hundert Mal "WählerInnen".